

Auszug aus:

Niederschrift über die öffentliche Sitzung der Verbandsversammlung am 11. Dezember 2014 Politische Schwerpunkte des Regionalverbandes Südlicher Oberrhein für die 9. Wahlperiode

Rede des Verbandsvorsitzenden Otto Neideck
zur konstituierenden Sitzung am 11.12.2014

Meine sehr verehrten Damen und Herren,
zunächst einmal möchte ich die 31 neuen Regionalrätinnen und Regionalräte in unserer Runde herzlich willkommen heißen. Wir freuen uns, dass wir „etwas weiblicher“ und auch „etwas jünger geworden“ sind. Das tut uns allen gut. Aber meine Damen und Herren, wir haben in der Tat in dieser Legislaturperiode richtig Arbeit vor uns. Ich darf Ihnen auch versichern, dass diese Arbeit zeitlich etwas intensiver sein wird, als in der zurückliegenden. Ich hoffe, dass wir in der Kontinuität der letzten Legislaturperiode nicht nur fachlich, sondern auch personell und vor allem auch menschlich weiterarbeiten können. Zentraler Schwerpunkt der nächsten Jahre wird, wie in der vergangenen Legislaturperiode, die Fortschreibung des Regionalplanes aus dem Jahre 1995 sein. Angesichts des nun weit fortgeschrittenen Verfahrensstandes sollten wir gemeinsam bemüht sein, dass wir den Satzungsbeschluss zum neuen Regionalplan spätestens Ende 2016 gemeinsam fassen können. Dieser Zeithorizont ist realistisch, auch in Anbetracht der Einwände und Abwägungen, die wir zu treffen haben und der vielen Kapitel, die wir hier noch sehr detailliert beraten müssen. Wir werden Ihnen im Jahr 2015 Abwägungsvorschläge zu mehr als 4.000 Einzelanregungen vorlegen. Diese werden wir beraten und beschließen. Wir werden uns voraussichtlich im März nächsten Jahres mit den Abwägungsvorschlägen zum Kapitel 2 „Siedlungsentwicklung“ sowie zum Kapitel 4 „Verkehr“ befassen können. Sollte die immer noch ausstehende Stellungnahme des MVI in den nächsten Tagen nicht bei uns eingegangen sein, so werden wir dem Gremium selbstbewusst vorschlagen, auch ohne diese Stellungnahme in die Beratung einzutreten. Das große Kapitel 3 „Freiraumschutz/ Rohstoffsicherung/ Hochwasser- und Grundwasserschutz“ werden wir ebenfalls im Laufe des Jahres 2015 behandeln können. Ich darf an dieser Stelle nochmals daran erinnern, dass wir beim Thema „Rohstoffsicherung“ vereinbart hatten, dass nach der ersten Offenlage die bisherige Gebietskulisse um rund 30 Prozentpunkte reduziert werden muss. D.h., wir werden bis spätestens Ende 2015 eine zweite Offenlage mit dem Schwerpunkt „Rohstoffsicherung“ vorlegen. Selbstverständlich wird diese zweite Offenlage auch zu einer Feintuning der übrigen Kapitel genutzt werden können.

Erlauben Sie mir an dieser Stelle den Hinweis, dass auf die ehrenamtlichen Regionalrätinnen und Regionalräte eine auch in zeitlicher Hinsicht besonders große Herausforderung zukommen wird. Die Gremiensitzungen werden deshalb auch bei den Beratungsthemen, die wir in der Abwägung haben, ganztägig stattfinden müssen. Bei diesen Sitzungen sollte die uns allen vom Gesetzgeber auferlegte Anwesenheitspflicht auch von allen beherzigt werden. Sie wissen,
Anlage 5

2

dass sie für dieses Ehrenamt als Regionalrat, eine Anwesenheitspflicht haben und ich würde es sehr begrüßen, wenn Sie diese Anwesenheitspflicht, auch als Kollegen Bürgermeister, in der gebotenen Form in der kommenden Legislaturperiode

wahrnehmen.

Natürlich benötigen die Fraktionen ausreichend Zeit zur internen Vorberatung dieser umfassenden Beschlüsse. Die Verwaltung wird deshalb mindestens vier Wochen vor der jeweiligen Sitzung die sehr umfangreichen Sitzungsvorlagen zur Verfügung stellen, so dass Sie hinreichend Zeit haben, sie zu lesen, zu beraten und ggf. auch nachzufragen, falls Ihnen das eine oder andere nicht verständlich erscheint. Wir werden uns in gewohnter Form im Ältestenrat über das Prozedere im Einzelnen austauschen.

Das Aufgabenportfolio eines Regionalverbandes beschränkt sich allerdings nicht nur auf die Neuaufstellung eines Regionalplans. Gleichrangig steht nach dem Willen des Bundesgesetzgebers (seit der Novelle des Raumordnungsgesetzes im Jahre 2008) die Pflicht, mit regionalen Entwicklungskonzepten, Netzwerken, institutionalisierten Mitwirkungen etc. zur Weiterentwicklung ihrer jeweiligen Region beizutragen. Aus unserer zum Teil langjährigen Erfahrung wissen wir, dass viele Herausforderungen eben nicht mit einem normativen Regelwerk wie einem Regionalplan bewältigt werden können, sondern darüber hinaus Anstöße und Aktivitäten bedürfen.

Innovation und Kreativität außerhalb eines engen Rechtskorridors werden – wie auch in den Gemeinderäten ja bekannt – in Zukunft eine immer größere Bedeutung erlangen.

Auch in diesem Bereich sind wir gut aufgestellt. Denken Sie nur an unsere erfolgreichen Projekte wie den Energieatlas (2005), die Klimaschutzstrategie (2007), das Energiemonitoring (2010), die INTERREG-Projekte PUSEMOR oder ACCESS und ganz aktuell auch an die tolle Performance unseres Vereins „Klimapartner Oberrhein“.

Ich darf auch an unsere gemeinsame Sitzung mit Europa-Minister Peter Friedrich vor 3 Monaten erinnern. Ich hatte gefragt, ob die bayerischen Regionen beim Einwerben europäischer Fördermittel besser aufgestellt sind, als die Regionen und Gemeinden in unserem Bundesland. Schließlich haben die bayerischen Teilräume des INTERREG-Alpenraumprogramms mehr als dreimal so viele Fördermittel eingeworben, wie in den baden-württembergischen. Es war auch in der anschließenden Diskussion zu erkennen, dass wir dieses Thema in der nächsten Legislaturperiode mit auf die Agenda nehmen wollen, um die Fördermöglichkeiten für unsere Städte und Gemeinden zu verbessern. Dies ist sicherlich eine Aufgabe des Regionalverbandes. Es bleibt aber dabei, dass wir natürlich in höchster Priorität die Gesamtfortschreibung des Regionalplans im Auge haben. Wenn wir in der Lage sind, uns danach dieses Themas vertieft zu stellen, ist es sicherlich richtig, unseren Städten und Gemeinden die Möglichkeit zu bieten, mit Unterstützung des Regionalverbandes ein Stück von diesem Förderkuchen auch in unsere Region als aktive Wertschöpfung miteinfließen lassen zu können.

3

In der öffentlichen Wahrnehmung werden sicherlich auch in der jetzt kommenden Legislaturperiode die Verkehrsthemen ganz oben auf der Agenda stehen. Der Aus- und Neubau der Rheintalbahn ist das „Jahrhundertprojekt“ für die Region. Die Realisierung dieses Projektes wird die Landschaft unserer Region in großen Teilen umgestalten und nachhaltig verändern. Erstmals ist es einer deutschen Region gelungen, dass sie auf die Eisenbahnplanung unmittelbar Einfluss nehmen kann. Für die bevorstehenden fünf Jahre bedeutet dies, dass wir für den Abschnitt südlich Riegel bis Buggingen, bei dem in den Jahren 2015 und 2016 die Planfeststellungsverfahren anstehen, darauf achten müssen, dass die vom Projektbeirat beschlossenen Eckpunkte nicht nur in das Verfahren einfließen,

sondern auch tatsächlich so umgesetzt werden.

Für den Abschnitt nördlich Riegel bis Offenburg ist in den nächsten Wochen eine breite Diskussion in unserer Raumschaft, in den Kreistagen des Ortenaukreises und des Landkreises Emmendingen sowie in unserer Verbandsversammlung über die Trassenvarianten vorgesehen. Dabei sollten wir gemeinsam darauf achten, dass wir uns redlich bemühen, nach Konsenslösungen zu suchen und wo dies nicht möglich ist, sollten wir noch tiefer bemüht sein als bisher, dass wir trotz zum Teil unterschiedlicher Positionen das persönliche Miteinander nicht darunter leiden lassen. Sowohl die Bevölkerung im genannten Streckenabschnitt als auch in Offenburg erwartet zu Recht, dass nun endlich Klarheit für die konkrete Trassenführung und für die Realisierung des Offenburger Tunnels kommt.

Beim Thema Verkehr – was selbstverständlich überlagert wird durch das Thema Rheintalbahn – sollten wir jedoch auch die anderen Verkehrsträger, wie Straße, Luft und Wasser nicht vergessen. Im Rahmen der für das Jahr 2016 angekündigten Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplanes werden wir voraussichtlich hinreichend Gelegenheit haben, über die verkehrspolitischen Schwerpunkte unserer Region zu beraten. Ein Stillstand beim Aus- und Neubau der Verkehrsinfrastruktur kann es für unsere Region nicht geben.

Neben den klassischen Verkehrsträgern wird eine besondere Schlüsselrolle dem raschen und flächendeckenden Ausbau der digitalen Infrastruktur zukommen. Der Freistaat Bayern zeigt uns gerade, wie es gehen kann. Im Sommer 2014 hat der Bayerische Landtag ein Förderprogramm in Höhe von 1,5 Milliarden EUR bis zum Jahr 2018 aufgelegt. Mit ihm erhalten die Gemeinden einen 60%igen Zuschuss für den Breitbandausbau. Hier sehe ich in unserem Bundesland noch erheblichen Handlungsbedarf und es wird sicherlich auch richtig sein, wenn wir hier als Regionalverband wichtige Impulse geben. Denn jeder von ihnen weiß, dass eine „Datenautobahn“ mindestens so wichtig ist, wie eine normale Autobahn.

4

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dies sind wenige Stichworte, welche die vielfältigen Aufgaben andeuten, die wir gemeinsam für unsere Region haben und die wir auch gemeinsam in den nächsten Jahren angehen wollen. Viele weitere Anregungen ergeben sich selbstverständlich auch aus unserer Publikation, die wir anlässlich des 40-jährigen Bestehens des Regionalverbandes Südlicher Oberrhein im Jahre 2013 aufgelegt haben. Bei den Jubiläumsveranstaltungen ist es uns gelungen, einen, wie ich finde nachvollziehbaren und guten Beitrag zu leisten, wie in der Region, wie durch unsere Arbeit, ein Stück Lebenswirklichkeit für die Menschen über unsere normalen Dorf- und Stadtgrenzen hinaus, erreicht werden kann. Diese regionalen Herausforderungen und Aufgaben werden wir sicherlich auch in den nächsten fünf Jahren gemeinsam gewissenhaft wahrnehmen.

Unser Blick geht nun in die nächsten Monate und Jahre, um für die Städte, Gemeinden und Landkreise weiterhin „ein qualifiziertes Sprachrohr der Region“ zu sein, um für unsere gemeinsamen Belange einzutreten und natürlich auch für unsere gemeinsamen Belange zu arbeiten. Dazu bedarf es nicht nur einer motivierten Verbandsversammlung, sondern auch einer motivierten Verwaltung und natürlich eines weiterhin so aktiven Verbandsdirektors. Aber dazu gehört auch ein gemeinsames politisches Klima des Vertrauens, der Offenheit und der Transparenz, so wie wir es auch in der zurückliegenden Wahlperiode gepflegt haben.

Starke Kommunen, starke Landkreise und eine starke Region sind keine Gegensätze,

sondern ergänzen sich zur optimalen Aufgabenerfüllung und ergänzen sich vor allen Dingen zur optimalen Interessenswahrnehmung gegenüber Dritten, sei es das Land, der Bund oder Europa. Von daher gehen wir in dieser Zielsetzung im gegenseitigen Grundvertrauen und mit Zuversicht an unsere Arbeit für die Region Südlicher Oberrhein und ich freue mich weiterhin als Verbandsvorsitzender dazu meinen Beitrag mit zu leisten.
Schönen Dank.

Quelle: